



UNIVERSITÄTS-
BIBLIOTHEK
PADERBORN

Universitätsbibliothek Paderborn

Hausmitteilung

Universität Paderborn

Paderborn, 1.1984 - 3.1986 = Nr. 1-20

Ministerin Brunn über die Gesamthochschulen

urn:nbn:de:hbz:466:1-8630

der Welt sind diese Werke so gezielt gesammelt worden, wohl auch deshalb, weil sie in der literarischen Bewertung der Zeit mit Trivialliteratur gleichgesetzt wurden. Ein erstaunlich großer Teil der Corveyer Bestände ist, nach ersten Auswertungen Paderborner Wissenschaftler, weder in der Library of Congress in Washington noch in der Bibliothèque Nationale in Paris noch in der British Library in London erhalten. Angesichts dieser Tatsache urteilt der Münsteraner Prof. Dr. Bernhard Fabian, einer der bedeutendsten Kenner älterer Bibliotheken, daß die Corveyer Bestände für die Forschung eine Bedeutung besitzen, die schwerlich zu hoch veranschlagt werden könnten. Die Bibliothek müsse, so Fabian, nicht nur als Adelsbibliothek von besonderem Rang angesehen werden, sondern zudem als eine Bibliothek, die für

Die ersten konkreten Erschließungsarbeiten ließen sich die Vertragsunterzeichner an Ort und Stelle von einem Studenten erklären. Seit zwei Monaten sind mehrere Studenten mit der Erstellung von Titelblattkopien beschäftigt. 2.v.r.die Herzogin.



die moderne literaturwissenschaftliche und kulturhistorische Forschung von größtem Interesse sei.

Ein Forschungsteam der Uni-GH-Paderborn soll unter Einbeziehung auswärtiger Kollegen die Bestände wissenschaftlich erschließen und Kulturen und Literaturen des frühen 19. Jahrhunderts interdisziplinär untersuchen.

Die Kosten für die Erschließung der Bibliothek werden unter angemessener Beteiligung der Paderborner Hochschule vom Wissenschaftsminister des Landes getragen. Die Projektverantwortlichen gehen davon aus, daß zur Mitfinanzierung geeignete Drittmittelgeber, etwa die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), gefunden werden. Das Land nutzt mit dem Erschließungsprojekt die Chance, einen wesentlichen Beitrag auf einem bislang stark vernachlässigtem Gebiet zu leisten.

Brunn zur Landespolitik:

Gesamthochschulen spielen entscheidende Rolle

Düsseldorf (dpa). Die neue nordrhein-westfälische Wissenschaftsministerin Anke Brunn (SPD) will die Entwicklung der Gesamthochschulen und Universitäts-Neugründungen des Landes in den kommenden fünf Jahren ihrer Amtsperiode räumlich, personell und strukturell vorantreiben. In einem Gespräch mit dpa versicherte Frau Brunn in Düsseldorf, ein entsprechendes 'Signal' habe bereits Ministerpräsident Johannes Rau (SPD) den Hochschulen in seiner Regierungserklärung gegeben. Die sechs Gesamthochschulen in NRW spielten in der Politik der Landesregierung "eine ganz entscheidende Rolle"; dies sei "ein Bekenntnis zu deren Existenz und Weiterentwicklung".

Das heiße nicht, "daß nur noch Gesamthochschulen gebaut oder gefördert werden sollen", es zeige aber, "daß deren Entwicklung einen besonders für NRW spezifischen Schwerpunkt darstellt". Im einzelnen führte Ministerin Brunn aus: "Der Ausbau der Studiengänge an den Gesamthochschulen soll nicht etwa abgebrochen, sondern fortgesetzt werden. Man muß zunächst einmal feststellen, daß wir seit einigen Jahren stagnierende, wenn nicht gar rückläufige Ressourcen haben - mit der von uns sehr dank-

bar aufgenommen Ausnahme, daß es keine Stellenkürzungen gab. Wir wollen insbesondere an den Gesamthochschulen, aber darüber hinaus auch an den neuen Hochschulen wie etwa Bielefeld, Düsseldorf und Dortmund versuchen, bei Konzentration der Ressourcen die begonnene Aufbauleistung fortzusetzen".

Die 1972 gegründeten Gesamthochschulen seien "über die erste Baustufe nicht hinausgekommen"; es seien "noch nicht alle Fächer, so wie wir uns das vorgestellt haben, ausgebaut". Als Beispiel nannte Frau Brunn die Gesamthochschule Siegen, wo derzeit der alte Fachhochschul-Studiengang Sozialarbeit/ Sozialpädagogik mit dem bisherigen Diplomstudien-gang für Erziehungswissenschaft zu einem neuen integrierten Studiengang zusammengefaßt werde, der "zum ersten Mal konsekutiv aufgebaut werden soll". Zudem sei an den Gesamthochschulen in den vergangenen Monaten eine ganze Reihe neuer Magister-Studiengänge genehmigt worden.

Ob die Entwicklung an den NRW-Gesamthochschulen mehr zu einem 'integrierten' oder zu einem 'additiven' Modell tendiere, sei im Moment noch ungewiß. Frau Brunn: "Zielvorstellung war das integrierte Modell; soweit ich es derzeit überblicken kann, ist das zur Zeit noch in der Minderzahl".

Ein wichtiger Teil künftiger Hochschulpolitik in NRW wird nach Angaben der Ministerin auch das 'Umsetzen des Frauenförderprogramms' der Landesregierung sein. Nicht hinzunehmen sei es, daß derzeit

nur etwas mehr als drei Prozent der C4-Professorenstellen von Frauen besetzt seien. Sie werde bei der Besetzung von Professorenstellen darauf achten, daß Frauen auf den Vorschlagslisten entsprechend berücksichtigt werden. Die Nachwuchs-Situation bei den Frauen stimme 'hoffnungsvoll'. Frau Brunn begrüßt in diesem Zusammen-

hang die Initiative der SPD-Bundestagsfraktion, die Gleichstellung der Frau auch in der Präambel des Hochschulrahmengesetzes als hochschulpolitische Aufgabe zu postulieren. Allerdings dürfe das darin enthaltene Anliegen nicht durch 'Allgemeinfloskeln' verwässert werden.

Mit Volldampf in die Sackgasse?
Kein NC für die Informatiker

Fachvertreter sehen sich vor größte Probleme gestellt

Paderborn (ghp). Scharfe Geschütze hat die Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK) auf ihrer 146. Plenarsitzung gegen die Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) in Dortmund, die Länder und den Bund, aufgeföhren. Anlaß: der Verwaltungsausschuß der ZVS hatte sich am 27. März gegen die Einführung des Numerus Clausus im Fach Informatik zum Wintersemester 1985/86 ausgesprochen. Die WRK sieht als Folge der Ablehnung den qualifizierten Ausbau des Faches gefährdet. Der Beschluß stehe nicht im Einklang mit den Regelungen des HRG, des Staatsvertrages und des sogenannten Öffnungsbeschlusses der Regierungschefs von 1977, so die WRK. Es handele sich bei der Entscheidung der Sache nach um eine "politisch beliebige Mißachtung des bisherigen Instrumentariums der Kapazitätsberechnung und Studienplatzvergabe".

Der Fakultätentag Informatik argumentiert in die gleiche Richtung. Für ihn ist die Entscheidung contra NC ein "politisch motivierter Beschluß des ZVS - Verwaltungsausschusses", der immer größere Probleme für das Fach nach sich ziehe. Die Forderung des Fakultätentages: unverzügliche Zuweisung von Personalstellen, Investitions- und Sachmittel, Verbesserung der apparativen Ausstattung.

Schon im November 1982 hatte der Fakultätentag diese Forderung angesichts einer durchschnittlichen Überlastung der ausgewiesenen Studienplätze von 150 % aufgestellt, um "nichtwiedergutzumachende Folgen für Lehre, Studium und Forschung" zu vermeiden. Andererseits hielt er damals den NC "grundsätzlich für ungeeignet", da weiterhin ein gleichbleibender Bedarf an qualifizierten Informatikern bestehen werde und die Daten-